

LEBENSMITTEL

„Die Gunst der Stunde“



Manfred Schöpe, 59, Agrarexperte am Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München, über steigende Preise für Lebensmittel

SPIEGEL: Aldi hat auf breiter Front die Preise erhöht, andere Lebensmittelketten ziehen nach. Ist das gerechtfertigt?

Schöpe: Am Weltmarkt sind die Agrarrohstoffe erheblich teurer geworden, insofern ist es verständlich, dass Hersteller und Handel die Preise erhöhen. Allerdings deuten manche Ankündigungen darauf hin, als wolle man die Gunst der Stunde unverfroren für allgemeine Preiserhöhungen ausnutzen.

SPIEGEL: Wo passiert das?

Schöpe: Hersteller und Handel vertuschen gern, dass der Rohstoffanteil an den Gesamtkosten zuweilen sehr gering ist. Bei Brot beispielsweise belaufen sich

die zusätzlichen Ausgaben für Getreide lediglich auf zwei bis drei Prozent des bisherigen Preises. Für darüber hinausgehende Preisanhebungen sind Kostenpositionen wie Energie und natürlich auch die Margenpolitik der Unternehmen verantwortlich.

SPIEGEL: Und bei Milchzeugnissen?

Schöpe: Da kommt es darauf an, wie viel Milch im Produkt steckt. Butter oder Magermilchpulver enthalten Milchbestandteile in hoher Konzentration, Fruchtojoghurt dagegen – wie alle Milchfrischprodukte – besteht zu einem großen Teil aus Wasser. Verbraucher sollten vorsichtig sein und nicht jede Begründung



Bäckereibesetzte

akzeptieren, die ihnen Hersteller oder Händler vortragen.

SPIEGEL: Steigen die Preise weiter?

Schöpe: Tendenziell ja. Der globale Bedarf an Agrarrohstoffen nimmt zu. Die Zeiten billiger Lebensmittel dürften damit wohl endgültig vorbei sein.

MITBESTIMMUNG

Brasilianer rückt in den Daimler-Aufsichtsrat

Trotz eines peinlichen Reinfalls will die IG Metall bei DaimlerChrysler weiter auf die Entsendung internationaler Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat setzen. Nachfolger für den ausscheidenden US-Gewerkschafter Ron

Gettelfinger soll Valter Sanches, der Betriebsratschef von Mercedes-Benz in Brasilien, werden. Die IG Metall verzichtet auf einen ihr zustehenden Sitz im Kontrollgremium zugunsten von Sanches. Bei Gettelfingers Vorgänger Nate Gooden wurde dies zum Eigentor für die Gewerkschaft. Gooden stimmte im Aufsichtsrat zusammen mit den Kapitalvertretern für ein Sanierungsprogramm, gegen das die deutschen Arbeitnehmervertreter protestiert hatten.

FINANZEN

Geringeres Staatsdefizit

Die Staatsverschuldung wird nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums in diesem Jahr geringer ausfallen als zunächst gedacht. Danach verzeichnen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Noch im Sommer hatte Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) mit einem Defizit in Höhe von einem halben Prozent gerechnet. Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen würden in diesem Jahr dank der guten Konjunktur wohl mit Überschüssen abschließen, heißt es zur Begründung. Allein der Bund verzeichne noch ein geringes Minus in seiner Kasse. Anfang Oktober muss Steinbrück das zu erwartende Defizit für dieses Jahr an die EU-Kommission nach Brüssel melden. Einen gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushalt erwartet Steinbrück nun schon für 2008. In seiner bisherigen Finanzplanung hatte er dafür das Jahr 2010 angegeben.



Steinbrück

ARBEITSLOSE

Mehr Privatvermittler sollen helfen

Langzeitarbeitslose will die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit vermehrt von privaten Vermittlern betreuen lassen. Wer als Arbeitslosengeldempfänger länger als fünf Monate ohne Job ist und als schwer vermittelbar gilt, soll künftig generell in die Obhut kommerzieller Job-Agenturen überstellt werden, heißt es in einem internen Papier der Agenturführung. Die Privatunternehmen sollen die Job-Chancen der Erwerbslosen ausloten, Trainings- oder Fortbildungsmaßnahmen vergeben und Stellen vermitteln. Das Programm soll rund 35 000 Erwerbslose erfassen und dafür sorgen, dass künftig „weniger Job-suchende auf Hartz IV abrutschen“, so ein Agentursprecher. Bereits vor einigen Monaten hatte der Vorstand der Behörde beschlossen, den verstärkten Einsatz privater Vermittler in sechs ausgewählten Agenturbezirken zu erproben. Kritik an dem Programm kommt von den Personalräten der Behörde. Sie fürchten, dass der Plan viel Geld verschlingen wird, ohne die Zahl der Vermittlungen nennenswert zu erhöhen.